



POSTANSCHRIFT Bundesministerium der Finanzen, 11016 Berlin

Chef des Bundeskanzleramtes

nachrichtlich:

Bundesministerinnen und
Bundesminister

Bundesbeauftragten für den Datenschutz
und die Informationsfreiheit

Chef des Bundespräsidialamtes

Chef des Presse- und Informationsamtes
der Bundesregierung

Präsidenten des Bundesrechnungshofes

Dr. Wolfgang Schäuble

Bundesminister
Mitglied des Deutschen Bundestages

BEARBEITET VON RD Nicklas

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstraße 97, 10117 Berlin

TEL +49 (0) 30 18 682-18 23

FAX +49 (0) 30 18 682-41 03

E-MAIL poststelle@bmf.bund.de

DATUM 26. Juni 2012

Kabinettsache

Datenblatt-Nr.: 17/08214

BETREFF **Finanztransaktionsteuer;
Beschluss der Bundesregierung über einen Antrag an die Europäische Kommission auf
Verstärkte Zusammenarbeit zur Einführung einer Finanztransaktionsteuer**

ANLAGEN 2

GZ **IV D 4 - S 1900/10/10011 :073**

DOK **2012/0579989**

(bei Antwort bitte GZ und DOK angeben)

Anliegenden Beschlussvorschlag (Anlage 1) und den Sprechzettel für den Regierungssprecher (Anlage 2) übersende ich mit der Bitte, die Zustimmung der Bundesregierung in der Kabinettsitzung am 27. Juni 2012 im Rahmen der TOP 1-Liste ohne Aussprache herbeizuführen.

Im Zusammenhang mit der Ratifizierung des Fiskalpakts haben sich die Bundesregierung und Fraktionen des Deutschen Bundestages über einen „Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung“ verständigt. Darin ist festgelegt, dass die Bundesregierung weiterhin aktiv für die Einführung einer Europäischen Finanztransaktionsteuer eintritt.

Sollte die erforderliche einvernehmliche Zustimmung aller 27 Mitgliedstaaten nicht erreicht werden, wird die Bundesregierung unverzüglich einen Antrag auf Einführung einer Finanztransaktionsteuer im Wege der Verstärkten Zusammenarbeit nach Art. 20 des Vertrages über die Europäische Union und Art. 326 ff. des Vertrags über die Arbeitsweise der EU stellen.

Da einige Mitgliedstaaten jede Form der unionsrechtlichen Harmonisierung bei der Besteuerung des Finanzsektors strikt ablehnen, wurde auf der Sitzung des ECOFIN-Rats am 22. Juni 2012 festgestellt, dass eine EU-weite Finanztransaktionsteuer entsprechend dem Richtlinien-vorschlag nicht einstimmig beschlossen werden kann. Angesichts dessen habe ich in der Sitzung vorgeschlagen, bei der europäischen Integration in diesem Bereich von dem Instrument der Verstärkten Zusammenarbeit Gebrauch zu machen. Mein Vorschlag wurde von der erforderlichen Zahl von neun Mitgliedstaaten unterstützt. Weitere Mitgliedstaaten zeigten sich offen und wollen eine Teilnahme noch prüfen.

Mit dem Beschluss, dass das Bundesministerium der Finanzen einen Antrag an die Europäische Kommission stellt, die Finanztransaktionsteuer im Wege der Verstärkten Zusammenarbeit einzuführen, setzt die Bundesregierung ihre Bemühungen um die Finanztransaktionsteuer fort und entspricht zugleich der Vereinbarung zur Ratifizierung des Fiskalpakts.

Die Ressorts haben keine Einwendungen erhoben.

A handwritten signature in black ink, appearing to be 'Schmidt', written in a cursive style.

Beschlussvorschlag

Die Bundesregierung beschließt auf Vorschlag des Bundesministers der Finanzen, dass das Bundesministerium der Finanzen einen Antrag an die Europäische Kommission auf Verstärkte Zusammenarbeit bezüglich der Einführung einer Finanztransaktionsteuer stellt.

Sprechzettel für den Regierungssprecher

Die Bundesregierung hat in ihrer heutigen Kabinettsitzung auf Vorschlag des Bundesministers der Finanzen beschlossen, dass das Bundesministerium der Finanzen einen Antrag an die Europäische Kommission auf Verstärkte Zusammenarbeit bezüglich der Einführung einer Finanztransaktionsteuer stellt.

Nachdem auf der Sitzung des ECOFIN-Rats festgestellt wurde, dass die Einführung einer EU-weiten Finanztransaktionsteuer nicht die erforderliche Unterstützung aller Mitgliedstaaten hat (Einstimmigkeitsprinzip), ist die Bundesregierung bereit, die europäische Integration in diesem Bereich im Wege der Verstärkten Zusammenarbeit voranzutreiben.

Mit dem Beschluss macht die Bundesregierung deutlich, dass sie ihren Teil der Vereinbarung aus dem mit den Fraktionen des Bundestages geschlossenen „Pakt für nachhaltiges Wachstum und Beschäftigung“ umsetzt.